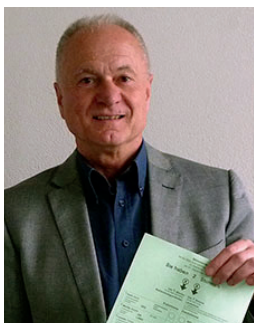


Fachgespräch mit Landeswahlleiter Bruno Küpper

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“



Bruno Küpper ist seit 1. Januar 2009 Landeswahlleiter des Landes Brandenburg.

Mit Christoph Schulze gewann erstmals ein parteiloser Einzelkandidat einen Wahlkreis bei einer Landtagswahl. Warum fällt in diesem Fall die Fünf-Prozent-Hürde für die BVB/FREIE WÄHLER und auf welcher Grundlage wird die Anzahl der Sitze berechnet?

| Dies bestimmt § 3 Absatz 1 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes. Zwar kandidierte MdL Schulze nicht als Bewerber einer Partei, jedoch als Spitzenkandidat der politischen Vereinigung BVB/FREIE WÄHLER. Deren Zweitstimmen lagen unter 5%, sie waren indes infolge der Direktwahl von MdL Schulze bei der Berechnung der Parlamentssitze zu berücksichtigen.

Zurzeit ist es aus gesetzlichen Gründen nicht möglich, bei der Landtagswahl Briefwahlbezirke in der Stichprobe für die repräsentative Wahlstatistik mit einzubeziehen. Gibt es Überlegungen, in Bezug auf diesen Punkt Änderungen im Wahlgesetz vorzunehmen?

| Konkrete Überlegungen gibt es gegenwärtig nicht. Angesichts der tendenziell immer höher werdenden Bedeutung der Briefwahl liegt dies jedoch nahe.

Wenn Bürgerinnen und Bürger beim Wahlgang erfahren, dass sie in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen werden, dürfen sie diese dann auch ablehnen?

| Im Wahllokal selbst hat der Bürger lediglich noch die Möglichkeit, auf seine Stimmabgabe zu verzichten. Ansonsten könnte der Bürger einen Wahlschein beantragen, mit dem er entweder innerhalb seines Wahlkreises in einem anderen Wahlbezirk wählt oder an der Briefwahl teilnimmt.

In drei Urnenwahlbezirken wurden leider falsch gekennzeichnete Stimmzettel ausgegeben. Wie kann es dazu kommen und wie werden dadurch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik beeinflusst?

| In der Tat wurden in drei Wahllokalen die Stimmzettel ohne Berücksichtigung der Unterscheidungsmerkmale ausgegeben. Offenbar haben die Mitglieder in den betreffenden Wahlvorständen schlichtweg ignoriert, dass ihr Wahlbezirk in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen war. Die drei Wahlbezirke mussten aus der Gesamtstichprobe, die ursprünglich 128 Urnenwahlbezirke umfasste, herausgenommen werden. Gleichwohl scheint das Ergebnis repräsentativ gewesen zu sein, denn die vom Amt für Statistik hochgerechneten Zweitstimmen entsprachen genau dem tatsächlich ausgezählten Ergebnis auf Landesebene.

Ist es bei stetig steigender Anzahl der Wahlscheinempfänger irgendwann denkbar, dass der obligatorische Wahlsonntag wegfällt?

| Solange keine ausschließlichen Briefwahlen bzw. Wahlen unter

Einsatz von IT stattfinden, muss die Möglichkeit der Urnenwahl aufrechterhalten werden.

Von Politikern verschiedener Parteien sind in der jüngsten Vergangenheit etliche Vorschläge für eine Verlängerung des Wahlzeitraumes bzw. auch eine Verlagerung der Stimmabgabe außerhalb von Wahllokalen unterbreitet worden. Hauptgrund hierfür war die nachlassende Wahlbeteiligung. Ich halte derartige Vorschläge aus Organisationssicht für problematisch. An Wahlsonntagen bietet Brandenburg ca. 27 000 ehrenamtliche Helfer in der Wahlorganisation auf. Hier und da gab es in der Vergangenheit auch schon Rekrutierungsprobleme. Es liegt auf der Hand, dass jede Abweichung vom jetzigen, auf einen Tag festgelegten System, erhebliche Probleme mit sich bringen würde.

Fünf Stunden nach Schließung der Wahllokale lagen die Wahlergebnisse aller 3 678 Wahlbezirke zur Landtagswahl 2014 vor; im Vergleich zu anderen Wahlen recht schnell. Welche Optimierungsmöglichkeiten bei der Stimmauszählung sehen Sie für zukünftige Wahlen?

| Die Detailansicht der Eingänge der Wahlergebnisse beim Amt für Statistik zeigt, dass um 20 Uhr (also zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale) bereits 94% der Ergebnisse vorlagen. Demzufolge musste die Wahlorganisation auf die ausstehenden weiteren 6% nochmals knapp drei Stunden warten. Ähnliche Feststellungen sind auch bei anderen früheren Wahlen bereits getroffen worden. Dabei hat sich auch erwiesen, dass jeweils immer andere Wahlvorstände für die Verzögerungen verantwort-

lich waren. Es ist beabsichtigt, in Gruppenarbeit mit den Wahlleitern bis zu den nächsten landesweiten Wahlen neue praktische Methoden und Hilfsmaterialien zu entwickeln, die landesweit einheitlich vor Ort bei den Wahlvorständen zum Einsatz kommen sollen.

Nach § 36 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes können zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen anstelle von Stimmzetteln und Wahlurnen Stimmzählgeräte eingesetzt werden. Was spricht für, was gegen den Einsatz von Stimmzählgeräten?

| Stimmzählgeräte sind seinerzeit in Brandenburg nicht flächendeckend eingesetzt worden, sondern nur in Kommunen, die sich für diese Technik entschieden haben. Diese Anwender hatten sich durchweg positiv geäußert, zumal der Vorteil sofort verfügbarer stimmiger Ergebnisse auf der Hand liegt. Nach dem bekannten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2009 hat sich „nicht mehr viel entwickelt“, obwohl das BVerfG derartige Geräte nicht als solche für unzulässig hält.

Wo sehen Sie Verbesserungen bei der Unterstützung von Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleitern im laufenden Wahlgeschäft?

| Ich halte dies nicht für ein generelles Problem. Nach wiederholten Äußerungen der Kreiswahlleiter ist die Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik sowie dem Landeswahlbüro sehr gut. Hierzu haben nach meiner Beurteilung die vielen Kontakte, meistens zur Regelung einzelner Probleme, genauso beigetragen wie das Bemühen um die Verbesserung

der gesamten Wahlorganisation. Ich erinnere auch daran, dass das Amt für Statistik und der Landeswahlleiter im Frühjahr 2013 mit sämtlichen Wahlbehörden des Landes vor Ort ins Gespräch kamen.

Wie schwer ist es, freiwillige Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu mobilisieren? Ist Ihnen eine besonders kreative Wahlhelferbewerbung bekannt, die insbesondere junge Leute motivieren könnte, sich ebenfalls als ehrenamtliche Wahlhelfer zu engagieren?

| Die Wahlbehörden sind natürlich immer bestrebt, ohne Zwangsverpflichtung ausreichend engagierte Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu finden. Neben den bekannten Rekrutierungsmaßnahmen, wie z. B. umfangreiche Pressearbeit oder persönliches Anschreiben der Bürgerinnen und Bürger, die bereits ehrenamtlich in einem Wahlvorstand mitgearbeitet haben, ist mir eine Maßnahme der Stadt Hennigsdorf aus dem Landkreis Oberhavel gut in Erinnerung geblieben. Dort wurde eine Tombola eingerichtet und durch Verlosung erhielten die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer Preise, die auf örtliche Angebote aus dem kulturellen und sportlichen Bereich zurückgriffen.

Was machen Sie in der Zeit, in der keine Wahlen stattfinden?

| Es gilt der Grundsatz: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Insofern müssen die Auswertungen und Nacharbeiten der Wahljahre 2013 und 2014 erfolgen. Dies geschieht u. a. unter Beteiligung des Amtes für Statistik und zahlreicher Wahlleiter aus den Wahlbehörden. Hieraus sind sogar Vorschläge für eine etwaige

Änderung bzw. Fortschreibung der Gesetzgebung wahrscheinlich. Darüber hinaus sind Volksinitiativen und Volksbegehren, für die ebenfalls der Landeswahlleiter zuständig ist, praktisch immer möglich. So wurden vor erst kürzlich dem Landtag die Prüfberichte für drei verschiedene Volksinitiativen übergeben.

Die Landtagswahl 2014 verlief ohne nennenswerte Probleme. Wie stellen Sie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vor?

| Im Gegensatz zu früheren Wahlen hatten wir in der Tat sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei den Wahlen 2014 vergleichsweise geringe Probleme. Diesen Stand gilt es nicht nur zu sichern, sondern auch möglichst noch auszubauen, z. B. hinsichtlich der eingesetzten Software. Ich darf auch darauf hinweisen, dass die Kommunen die vorläufigen Ergebnisse der eigenen Kommunalwahl 2014 noch nicht landesweit gemeldet haben. Dies soll beim nächsten Mal geschehen. Besonders entscheidend für das Gelingen dieser Vorhaben und die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik ist eine möglichst hohe Personalkontinuität auf allen Seiten. Insgesamt bin ich sehr optimistisch, weil ich in den vergangenen beiden Wahljahren die außerordentlich hohe Motivation der Mitarbeiter im Amt für Statistik erleben durfte.